

Protokoll
Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
25.01.2018 (letzte Sitzung: 14.12.2017)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal
Beginn	12:02 Uhr 13:05 Uhr
TeilnehmerInnen Vorstandsmitglieder:	Kaske Präs Blauensteiner VP Kniezanrek VP Stein VP Steinkellner VP (entschuldigt) Anderl (entschuldigt) Brantner (entschuldigt) Fetik Foglar (entschuldigt) Ledwinka Rudolph Suchl Teiber (entschuldigt) Zweiler Pöttl Rasch (entschuldigt) Rösch Schütz (entschuldigt) Paiha
Beratend	Klein Dir Aschauer-Nagl BL Bröthaler BL Kubitschek DirStv Kundtner DirStv (entschuldigt) Trenner BL
Vom Büro	Fassler Mitterlehner Marcon (Betriebsrat) Mulley (Protokoll) Pirklbauer (Betriebsrat)

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 25.01.2018

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.12.2017

2 Beschlüsse

- 2.1 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen 2018
- 2.2 Zuwendung an den Betriebsrats-Fonds 2018
- 2.3 Neue Mitgliedschaft „Verein NOYB“
- 2.4 Änderungen in den Fachausschüssen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten - Kaske

3.2 Bericht des Direktors – Klein

- 3.2.1 Arbeitsprogramm 2018 – Schwerpunkte
- 3.2.2 AK-Einschätzung des Regierungsprogramms
- 3.2.3 Aktueller Bericht

3.3 Beratung – Trenner

- 3.3.1 Aktueller Bericht

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

- 3.4.1 PIRLS-Studie: Lesekompetenz sozialer Hintergrund abhängig
- 3.4.2 Studie: Bezahlte Erwerbstätigkeit von SchülerInnen in Wien
- 3.4.3 Elterninfoabende 14 – was nun?
- 3.4.4 Zentrumsnahe Stadtentwicklungsprojekte
- 3.4.5 Wiener Budgetvoranschlag 2018
- 3.4.6 Onlinespiele & Datenschutz
- 3.4.7 Klagenerfolge 2017 Abteilung Konsumentenpolitik
- 3.4.8 Aktueller Bericht

3.5 Information – Bröthaler

- 3.5.1 Abschluss der Wiener BetriebsrätInnen-Akademie (BRAK)
- 3.5.2 Aktueller Bericht

3.6 Soziales – Kundtner

- 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Dezember 2017
- 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – November 2017
- 3.6.3 Arbeitsgruppe Qualifikationen und Kompetenzen in der Industrie 4.0
- 3.6.4 Strategie des AMS Wien zur Steigerung des Frauenanteils am Förderbudget
- 3.6.5 Die arbeitsmarkt- und integrationspolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung
- 3.6.6 Übertragung der Bank Austria MitarbeiterInnen ins ASVG
- 3.6.7 Rekrutierung von weiblichen Fachkräften im technischen-naturwissenschaftlichen Bereich
- 3.6.8 EU-Projekt: Männer und Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- 3.6.9 Veranstaltung
- 3.6.10 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft - Kubitschek

3.7.1 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich

3.7.2 Eurozone: Wirtschaftsaufschwung muss bei allen ankommen – unabhängiger
Jahreswachstumsbericht 2018

3.7.3 Digitalisierung – gerechte Steuern

3.7.4 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Kaske begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:
Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 25.01.2018 wird genehmigt.
→ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.12.2017

Kaske ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.12.2017.

Beschluss:
Das Protokoll der Sitzung vom 14.12.2017 wird genehmigt.
→ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Unterstützung der wahlwerbenden Gruppen 2018

Lt Voranschlag 2018 beträgt die Summe der Einnahmen aus Kammerumlagen				109.500.000
davon 2,5 %				2.737.500
Wahlwerbende Gruppe	Wahlergebnis in %	Unterstützung 2018	Überweisung 1.TB 50%	Überweisung 2.TB 50%
FSG	58,73	1.607.733,75	803.866,88	803.866,87
ÖAAB	10,34	283.057,50	141.528,75	141.528,75
FA	9,03	247.196,25	123.598,13	123.598,12
AUGE/UG	7,93	217.083,75	108.541,88	108.541,87
GA	4,69	128.388,75	64.194,38	64.194,37
Liste Perspektive	2,39	65.426,25	32.713,13	32.713,12
ARGE	2,08	56.940,00	28.470,00	28.470,00
GLB	1,51	41.336,25	20.668,13	20.668,12
TÜRKIS	1,05	28.743,75	14.371,88	14.371,87
KOMINT	0,98	26.827,50	13.413,75	13.413,75
BDFA	0,80	21.900,00	10.950,00	10.950,00
Summe	99,53	2.724.633,75	1.362.316,88	1.362.316,81

**Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 50 % im März 2018
50 % im September 2018**

→ einstimmig angenommen

2.2 Zuwendung an den Betriebsrats-Fonds 2018

Der Betriebsrat der AK Wien hat um Zuwendung an den BR-Fonds ersucht.

b) Für das **Jahr 2018** wurde zwischen Kammerleitung und Betriebsrat vereinbart, dass die Zuwendung folgendermaßen abgegolten wird:

BR Körperschaft	Zuwendung für das Jahr 2017	Zuwendung für das Jahr 2018
AK Wien (Grundförderung, Kultur, Sport, Ang. Bibliothek)	52.500,00 €	55.000,00 €
Die Auszahlung erfolgt in 2 Teilbeträgen: 27.500 Euro im Jänner 2018 27.500 Euro im Juli 2018		

→ einstimmig angenommen

2.3 Neue Mitgliedschaft „Verein NOYB“

Klein berichtet:

Es wird vorgeschlagen seitens der AK-Wien eine institutionelle Mitgliedschaft im Verein NOYB (Max Schrems) einzugehen. Die Statuten liegen vor. Demgemäß sind institutionelle Mitglieder juristische Personen, die den Vereinszweck durch gemeinsame Kooperationen, finanzielle oder sonstige Unterstützung zu erreichen suchen und sich an der Vereinsarbeit beteiligen. Als Unterstützungsbeitrag sind € 20.000,- vorgesehen. Die Abkürzung NOYB bedeutet none of your business und der Fokus des gemeinnützigen Vereins liegt auf der kommerziellen Datenverarbeitung durch Unternehmen. Vereinszweck ist es, auf europäischer Ebene gegen den Missbrauch von persönlichen Daten vorzugehen. Angestrebt wird eine strategische Rechtsdurchsetzung (optimaler Fall, optimaler Gerichtsstand, optimaler Rechtsweg, etc). Datenschutz ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft. Die Vereinsziele stimmen mit den Positionen der AK-Datenschutzpolitik überein. Die Aktivitäten des Vereins sind komplementär zur Arbeit der AK. Der Datenschutz wird derzeit von einer Kollegin betreut.

Im Vorstand von NOYB sind neben Max Schrems, Petra Leupold (VKI) und Christof Tschohl (Vorrat). Die Mitgliederversammlung soll möglichst breit aufgestellt sein (Jan Albrecht und Paul Nemitz „Väter der DSGVO“, Stadt Wien, Uni-Professoren, etc). Ziel ist es, dieses Jahr auf ca. 20 bis 40 ordentliche Mitglieder zu kommen, die der Sache dauerhaft verbunden sind. Diverse Kooperationspartner oder Sponsoren (u.a. Unternehmen) haben explizit keinen Einfluss auf die Tätigkeit (wo das gewünscht wurde, gab es keine Kooperation). Derzeit sammelt der Verein Unterstützung mit der Kickstarter-Methode. Längerfristig wird vor allem eine Selbstfinanzierung bzw. eine „kostenneutrale“ Rechtsdurchsetzung angestrebt. Angestrebt werden in der Gründungsphase € 250.000,- davon wurden

€ 169.000,- bereits eingebracht. Die Stadt Wien hat sich mit € 25.000 beteiligt. Das BMASK hat € 15.000 informell zugesagt, die Realisierung ist aber wegen des Ministerwechsels derzeit wieder in Schweben. Die Stadt Salzburg plant derzeit auch eine Unterstützung. Die Mitgliedschaft ist jederzeit kündbar (§6 Abs 2 der Statuten). Bereits bezahlte Beiträge sind nicht erstattungsfähig (§6 Abs 6).

Pörtl ersucht um die Statuten des Vereins Noyb und um Verständigung, wenn die AK beitrifft. **Aschauer-Nagl** verspricht Pörtl die Statuten zu übersenden [Anm.d.Prot. Dies wurde von Aschauer-Nagl mit Email vom 26.1.2018 an Koll. Pörtl erledigt.].

Beschluss:

Der Vorstand der Arbeiterkammer Wien beschließt, dass die AK Wien dem Verein „NOYB“ beitrifft. Für das Jahr 2018 wird ein Mitgliedsbeitrag in der Höhe von € 20.000,00 beschlossen.

→ einstimmig angenommen

2.4 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand der AK Wien beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

FA Privatkrankenanstalten (Gew.VIDA)

Mitglied neu

Ghani Jurij

Funktion neu

Mjka Gerald – Vors.-Stv.

Mitglied ausgeschieden

Blaschek Ernst – Vors.-Stv.

Fachausschuss Metall- und Orthopädietechnik (Gew.PRO-GE)

Kassier neu

Schreiner Ewald (vormals Mitglied)

Kassier ausgeschieden

Eckl Johann (bleibt Mitglied)

Fachausschuss Bäcker (Gew.PRO-GE)

Mitglied neu

Putz Alois

Mitglied ausgeschieden

Benesch Christian (jetzt Ersatz)

Ersatzmitglied neu

Benesch Christian (vormals Mitglied)

Fachausschuss Textil-Bekleidung-Leder (PRO-GE) – Mitglieder und Ersatzmitglieder nach

Zusammenlegung per 1.1.2018

Mitglieder neu

Schneider-Derkits Angela – Vorsitzende

Kralicek Angelika – Vorsitzende Stv.

Binder Paul – Kassier

Köhler Theresia – Kontrolle

Kleveta Herbert – Kontrolle

Kalmar Ibolya – Schriftführer

Wenzl Marina – Beisitzer

Camondo Christian

Schuch Ernst

Nagy Gabor

Zier Sylvia

Markl Alexandra

Ersatzmitglieder neu

Gerstbauer Inge

Kremer Klemens

Sarca Larisa

Davidne-Takac Marta

Merkel Konrad

Macher Reinhart

→ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten – Kaske

Kaske erwähnt einleitend, dass – wie jüngst das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) bekanntgab - die Wiener Wirtschaft 2018 genauso stark wachsen wird wie 2017. Demnach wird das Plus für 2017 2,5 % betragen. Für 2018 wird ebenfalls von 2,5 Prozent ausgegangen. Die derzeitige Arbeitslosenquote von knapp 13% soll auf 12,5% sinken, was eine durchaus erfreuliche Nachricht ist. Weniger erfreulich ist jedoch die relativ hohe Inflationsrate mit 2,1 %. Das überproportionale Steigen der Spritpreise, aber auch die Preissteigerung bei den Nahrungsmitteln und Mieten sind hierfür verantwortlich.

Der Präsident gibt bekannt, dass die AK das Regierungsprogramm einer Bewertung unterzogen hat. Die Analyse wird in der morgen stattfindenden Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer ein Thema sein. Ohne nun im Detail auf das 180 Seiten umfangreiche Regierungsprogramm einzugehen, muss – so Kaske – doch die wohl bezeichnende Tatsache erwähnt werden, dass 100-mal der Begriff „Unternehmer“, jedoch nur 20-mal der Begriff „ArbeitnehmerIn“ in dem Papier vorkommt. Damit ist wohl angedeutet, wohin „die Reise wahrscheinlich in den nächsten fünf Jahren geht“. Bereits am 20.12.2017 haben Präsident Zangerl, Direktor Klein und er einen Ausblick auf die Pläne der Regierung in einer Pressekonferenz gegeben.

Eingehend auf die mediale Debatte bezüglich der von der Regierung als "Durchschummler" bezeichneten arbeitslosen ArbeitnehmerInnen merkt **Kaske** an, dass die wahren "Systemausbeuter" ganz wo anders zu finden sind: Die Praxis vieler Betriebe – am Bau, im Tourismus, bei Arbeitsvermittlern und im Handel – Mitarbeiter bei schwacher Auftragslage oder in der Zwischensaison freizusetzen, beim AMS zwischenzuparken und sie per Wiedereinstellungszusage nur wenige Tage oder Wochen später erneut aufzunehmen, geht zu Lasten der Allgemeinheit. Das WIFO hat errechnet, dass durch diese "Hire-and-Fire"-Mentalität jährlich mindestens 450 Millionen Euro in der Arbeitslosenversicherung fehlen. Die "neuen" Jobs per Wiedereinstellungszusage beim alten Arbeitgeber machen schon sieben Prozent aller Arbeitsaufnahmen im Jahr aus.

Eingehend wieder auf Wien berichtet der Präsident von einer zusammen mit dem Präsidenten der Wiener Wirtschaftskammer Walter Ruck abgehaltenen Pressekonferenz. Damit die wachsende Ostregion den wachsenden Verkehr bei weniger Stau bewältigen kann, müssen nämlich jetzt die richtigen Weichen gestellt werden. 1,5 Millionen Schienenkilometer mehr in der Ostregion mit dem neuen Fahrplan sind ein erster wichtiger Schritt, doch es müssen noch mehr Schnellbahnangebote auf Schiene gebracht werden. Auch der Ausbau der Busverbindungen in die Betriebsgebiete muss vorangetrieben und der Lobautunnel rasch gebaut werden.

Unterlegt mit Zahlen und Fakten, betont der Präsident die wichtige Funktion des VKI. Dieser hat beispielsweise im Jahr 2016 rund 54.000 telefonische Beratungen, tausend Interventionen und fast 300 rechtliche Verfahren durchgeführt. Bei Letzteren liegt die Erfolgsquote bei immerhin 80%.

Kaske informiert sodann über den erfolgreich verlaufenden Tag der pflegenden Angehörigen im Bildungszentrum, denn das Thema Pflege wird die AK in den nächsten Jahrzehnten zunehmend intensiver begleiten und die Herausforderungen werden angesichts der über eine Million Achtzigjährigen im Jahr 2050 noch viel größer werden.

Bezüglich dem Kauf der Airline NIKI aus der Insolvenz durch Laudamotion muss angemerkt werden, dass abgesehen von der Freude über die Weiterführung des Unternehmens es nun von Seiten der Gewerkschaft darum geht die Kolleginnen und Kollegen bestens zu vertreten.

Kaske gibt bekannt, dass er beim demnächst stattfindenden „Neulehrerseminar“ lobend erwähnen wird, dass sich die Regierung an dem von der AK entwickelten „Chancenindex“ zu orientieren gedenkt, jedoch die beabsichtigten Studiengebühren für Berufstätige scharf kritisieren wird.

Abschließend berichtet der Präsident von einer hochrangig besetzten Veranstaltung im Festsaal der Diplomatischen Akademie Wien. Die Sozialpartnerpräsidenten diskutierten mit ihren Kritikern. Einigkeit herrschte dabei über die grundsätzliche Sinnhaftigkeit der Institution Sozialpartnerschaft, Kritik gab es jedoch einmal mehr an der Pflichtmitgliedschaft. NEOS-Klubobmann Matthias Strolz behauptete, die Sozialpartnerschaft sei „eine Säule der Zweiten Republik, in dieser Form aber auch ein Fall für das Haus der Geschichte“. Ebenso wie Georg Kapsch, Präsident der Industriellenvereinigung (IV), und Franz Schellhorn, Direktor des neoliberalen Thinktanks „Agenda Austria“ kritisierte er die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern. Dagegen nahmen WKÖ-Präsident Christoph Leitl, LWK-Präsident Herrmann Schultes und er deutlich Stellung und verwiesen auf den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand. Sowohl er wie auch Leitl machten auf die hohen Zustimmungswerte der Kammern in allen Schichten der Bevölkerung aufmerksam. **Kaske** betonte, dass für ihn die „Sozialpartnerschaft immer eine Standortpartnerschaft und immer eine Zukunftpartnerschaft“ war und ist. Letzteres zeigt sich einmal mehr etwa darin, dass die Sozialpartner das Thema „Digitalisierung“ offensiv angehen.

In der nachfolgenden Diskussion lobt **Paiha** den Einsatz der AK für den Ausbau der Schiene, kritisiert aber heftig die AK-Forderung nach dem Ausbau der Autobahn („Lobau-Tunnel“). Sie betont, dass der Autobahnbau die Einkommensschwächsten noch weiter benachteiligt, eine Gefährdung des Naherholungsgebiets von Wien darstellt und Grundwasser gefährdet. Sie sieht aus diesen Gründen die Forderung der AK nach einem Autobahnausbau für Wien als nicht zukunftsorientiert an. **Blauensteiner** betont, dass beides notwendig ist: „Wir brauchen sowohl den Lobau-Tunnel und natürlich auch den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel.“ Für die Unternehmen ist eine gute Straßenverbindung unumgänglich, da Teile von Zulieferbetrieben per LKW transportiert werden. Bereits jetzt besteht die Gefahr „im Verkehr zu ersticken“, deshalb ist der Lobau-Tunnel dringender denn je. **Paiha** beharrt in ihrer Replik darauf, dass „der motorisierte Verkehr besonders der motorisierte Individualverkehr nicht das Konzept der Zukunft sein kann.“ **Kubitschek** macht jedoch darauf aufmerksam, dass nach dem Regierungsübereinkommen geplant ist – wie die vorangegangene Regierung - das Doppelte in den Ausbau der Schiene zu investieren, wie in den Ausbau der Straße. Es gibt wohl auf der ganzen Welt kein anderes Land welches in diesem Verhältnis Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur finanziert.

Kaske fasst abschließend zusammen, dass niemand behauptet, dass der Ausbau der Autoinfrastruktur die beste Lösung ist, sondern von allen betont wird, dass beides – Verbesserungen der Schienen- wie Autoinfrastruktur - notwendig ist. Und dies gilt ganz besonders für die Seestadt Aspern, wo rund 20.000 Menschen in Zukunft dort wohnen und arbeiten werden.

➔ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.2 Bericht des Direktors – Klein

Klein gibt mit Hinweis auf die ersten der beiden umfangreicheren allen Vorstandsmitgliedern zugegangenen schriftlichen Unterlagen einen Überblick über die Arbeitsvorhaben für das Jahr 2018. Zentral ist die Bearbeitung der beiden Leitthemenfelder: Das bisherige Leitthemenfeld „Zukunft der Arbeit“ wurde ausgeweitet auf „Zukunft des sozialen Wohlfahrtsstaates“. Die aktuelle Debatte um die Arbeitslosenversicherung zeigt eindrucksvoll wie notwendig diese thematische Erweiterung des LTF war. Das zweite LTF - bisher das „wachsende Wien“ – wurde besser formuliert in „Wien leistbar und fair für alle gestalten“ mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt, Aus- und Fortbildung und Mobilität.

Darüber hinaus wurde ein Abschnitt Konsumentenpolitik geschaffen, zu welchem auch unter anderem die Themen „leistbares Wohnen“, „Finanzdienstleistungen“ sowie selbstverständlich auch „Konsumentenrechte in der digitalen Welt“ gehören.

„Digitaler Wandel“ wird wie schon im Vorjahr ein zentrales und vor allem zukunftsorientiertes Arbeitsfeld darstellen. Der digitale Wandel wird zu sehr vielen Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt der AK Mitglieder führen, daher ist es für die AK wichtig, dass sie den Wandel mitgestaltet und dass ArbeitnehmerInnen davon profitieren. Dazu sind eine Reihe von Änderungen im Arbeits-, aber auch im Steuerrecht und in vielen anderen gesetzlichen Regelungsbereichen nötig.

Das Programm Jugend konzentriert sich thematisch auf die Lebenssituationen dieser jungen bzw. zukünftigen Mitglieder. Bis 2020 will die Arbeiterkammer Wien die Lage dieser Gruppen noch besser verstehen und politisch wie organisatorisch entsprechende Antworten entwickeln. Es ergänzt das bestehende Jugendportfolio mit dem Ziel, strategische Entwicklungsfelder (Zielgruppen, Themen, Kanäle) fokussiert zu bearbeiten. Das Programm umfasst sowohl Beiträge aus Abteilungen und Bereichen als auch eigene Vorhaben. Sämtliche Maßnahmen orientieren sich an den strategisch-inhaltlichen Leitlinien der Jugendstrategie 2017-2020.

Zu den internen Projekten gehört unter anderem die Umsetzung der Empfehlungen der Rechnungshofprüfung bzgl. der AK Pensionsleistungen und die Verstärkung der IT-Kooperation mit den Länderkammern. Die Registrierung Gesundheitsberufe - ein zentrales Hauptprojekt 2018 - startet am 1.7.2018. Diese neue Aufgabe wird serviceorientiert umgesetzt werden, um damit eine neue Zielgruppe bestmöglich zu betreuen. Desgleichen werden neue Formen zielgruppengerechter Information und Kommunikation entwickelt und verfolgt werden. Schwerpunkt bildet dabei die Forcierung der Social-Media-Kanäle.

Nach nochmaligem Hinweis auf das umfangreiche Arbeitsprogramm, über welches hier nur kurz, punktuell und auszugsweise berichtet werden konnte, das aber in seinen Details in den jeweils zuständigen Ausschüssen behandelt wird, geht **Klein** auf die „AK-Einschätzung des Regierungsprogramms“ ein. Angesichts des sehr umfangreichen Regierungsprogramms konzentriert sich diese Einschätzung im Wesentlichen auf die unmittelbar arbeitnehmerrelevanten Themen. Die Umsetzung der einzelnen Vorhaben der Bundesregierung wird die AK stets dahingehend bewerten, welche Arbeitsmarkteffekte (zB Folgen für Beschäftigung und Arbeitsbedingungen) ableitbar sind, wie die Verteilungswirkungen und Betroffenheiten gestaltet sind und wie sehr der soziale Zusammenhalt gestärkt oder geschwächt wird. Der AK geht es um einen Dialog mit den zuständigen Fachministern und –ministerinnen. Es sind alle Mitglieder der Bundesregierung angeschrieben bzw. persönlich kontaktiert worden, um die wichtigsten Themen vorzubesprechen und um eine tragfähige Gesprächsbeziehung aufzubauen. Die bisherigen Rückmeldungen waren im Ton sehr freundlich und stets mit der Botschaft begleitet, dass die Sozialpartner eine wichtige Institution der Republik darstellen und man mit ihnen im Gespräch bleiben wolle, um die entsprechenden Themen abuarbeiten. Im

Regierungsprogramm ist vieles vage. So ist an vielen Stellen von Evaluierungen und Überprüfungen die Rede. Was am Ende dieser Prozesse steht, bleibt entsprechend im Unklaren. Zu hoffen ist, dass die Stimmen der AK und des ÖGB mit ihrem ExpertInnen- und Erfahrungswissen bei zentralen Weichenstellungen stets Gehör finden. In diesem Zusammenhang ist es jedenfalls begrüßenswert, dass auch die neue Regierung die Sozialpartner in wichtigen Vorhaben einbinden möchte. Bereits in den letzten Tagen hat der Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz die AK eingeladen an seinem Gesetzesdurchforstungsvorhaben mitzuwirken. Alle Gesetze vor 2000 sollen auf ihre weitere Relevanz überprüft werden. Auch die Umsetzung von EU Richtlinien will man sich anschauen („golden plating“). Letzteres ist für die ArbeitnehmerInnen-Rechte sehr gefährlich, da es nicht angeht, dass Österreich als hochentwickeltes Land mit einem hohen Sozialstandard auf Mindeststandards zurückgestutzt wird. **Trenner** wird diese Causa im Haus bearbeiten, den Dialog mit dem Verfassungsdienst suchen und dafür Sorge tragen, dass Gesetzestexte mit ArbeitnehmerInnen-Relevanz nicht absichtlich oder unabsichtlich gestrichen werden.

Aktuell berichtet **Klein** bezüglich der Lage der AK-Finanzen, dass so wie im Jahr 2016 auch im Jahr 2017 die Zinsenlandschaft sehr unergiebig war. Der AK wurden Zinsen hinter der Kommastelle bis hin zur Verrechnung negativer Zinsen angeboten. Nachdem dies die Finanzen der AK beeinträchtigen würde, hat die AK ähnlich wie im Jahr 2016 Ende 2017 einen Betrag von € 12 Mio an die Pensionskasse überwiesen, womit nicht nur die Deckungsrückstellung erhöht, sondern auch besser angelegt wurde: Im letzten Jahr haben die beiden Pensionskassen mit rd. 4% veranlagt.

Paiha fragt, wo in der AK-Einschätzung des Regierungsprogramms die Schwächung der Institutionen der ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen (Arbeiterkammern, Abschaffung der Jugendvertrauensräte, Angleichung der Betriebsratskörperschaften) behandelt wurden. **Klein** bedankt sich für den Hinweis und berichtet, dass die entsprechende Passage die diesbezüglichen Ankündigungen im Regierungsprogramm in unerwarteten Kapiteln genannt werden. So etwa finden sich die Maßnahmen bzgl der gesetzlichen Interessenvertretungen im Kapitel "Finanz und Steuern" (Unterkapitel "Steuerstrukturreform" Seite 127). Die gesetzlichen Interessenvertretungen – also im Wesentlichen die Kammern - sollen bis zum 30. Juni 2018 Reformprogramme im Sinne einer Effizienzsteigerung (erhöhter Nutzen/finanzielle Entlastung) vorlegen. Dazu ist für die AK anzumerken, dass sie laufend an Verbesserungen und Modernisierungen des interessenpolitischen Einsatzes und der Dienstleistungen für ihre Mitglieder arbeitet. So werden etwa ab Mitte 2018 die Angehörigen der nichtärztlichen Gesundheitsberufe von den Arbeiterkammern zur Verbesserung von Qualität, Patientensicherheit und Planung im Gesundheitswesen registriert werden, wobei die Kosten von der AK getragen werden. Insgesamt macht der Vergleich sicher: Anders als viele Institutionen wird die AK zu nahezu 100 % von ihren Mitgliedern finanziert, kommt also ohne Steuergeld aus, und hat sparsame Strukturen. Dessen ungeachtet ist für die AK das Anliegen weiterer Optimierung eine Selbstverständlichkeit. Dazu wird die AK in den nächsten Monaten in einen gezielten Dialog mit ihren Mitgliedern treten. Die tatsächlich irrtümlich unterbliebene Kommentierung zum Jugendvertrauensrat wird noch vor der Hauptversammlung der BAK ergänzt.

➔ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.3 Beratung – Trenner

Trenner hat keinen aktuellen Bericht.

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl berichtet eingangs, dass im Dezember 2016 die Ergebnisse einer internationalen Studie über die Lesekompetenzen von SchülerInnen auf der 4. Schulstufe veröffentlicht wurden. An PIRLS nahmen 2016 weltweit insgesamt 50 Länder teil, darunter 24 EU-Länder teil. Österreich war 2016 zum dritten Mal bei PIRLS mit insgesamt 4360 SchülerInnen aus 150 Schulen dabei. Die Ergebnisse sind kurz zusammengefasst: Österreich liegt bei Lesekompetenz im europäischen Schnitt und es gibt eine deutliche Verbesserung seit 2011. Weiterhin lässt sich jedoch eine zunehmende Bildungsungleichheit feststellen. Die AK fordert denn auch unter anderem eine Schulfinanzierung auf Basis eines Chancen-Indexes, um mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem zu erreichen sowie den weiteren Ausbau von qualitativ hochwertigen Ganztagschulen, den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung und eine durchgängige Sprachförderung auf allen Bildungstufen. Aus dem vorliegenden schriftlichen Bericht über die bezahlte Erwerbstätigkeit von SchülerInnen in Wien ergeben sich AK-Forderungen unter anderem nach schriftlichen Dienstverträgen für alle erwerbstätigen SchülerInnen, die Verankerung von arbeits- und sozialrechtlichen Grundwissen in den Ausbildungsplänen, eine arbeitsrechtliche Schulung der Lehrkräfte sowie mehr Hilfe bei der Praktikumsuche, einem Ende von unbezahlten Praktika und Berufsorientierungsangebote. Den Arbeitsbereich Bildung abschließend informiert die Bereichsleiterin über die erfolgreich durchgeführten Elterninfoabende „14 – was nun? Wohin führt der Bildungsweg nach der Pflichtschule?“ in den Wiener Bezirken mit Schwerpunkt MigrantInnen.

Eingehend auf Kommunales informiert **Aschauer-Nagl** über die zentrumsnahen Stadtentwicklungsprojekte und erläutert den Wiener Budgetvoranschlag 2018. Der nun vorgelegte Finanzrahmen sowie der gegenständliche Strategiebericht – beides eine AK-Forderung – sollen maßgeblich dazu beitragen, die wirtschafts- und fiskalpolitischen sowie finanzausgleichsrelevanten Rahmenbedingungen und die sich daraus ergebenden finanziellen Möglichkeiten und strategischen Zielsetzungen der Stadt Wien dazulegen. Aus AK-Sicht ergeben sich Forderungen nach einer adäquaten finanziellen Ausstattung zur Aufrechterhaltung der kommunalen Infrastruktur und keiner Privatisierung wichtiger Sektoren der Daseinsvorsorge. Die finanziellen Mittel für den Wohnungsneubau sollen für diesen auch verwendet werden. Angeregt wird von der AK die Umstellung auf einen aufgabenorientierten Finanzausgleich, eine Implementierung der „goldenen Investitionsregel“ im nationalen und europäischen Kontext, eine gerechte Verteilung der Mehrkosten im Bereich der Mindestsicherung sowie eine Darlegung mit welchen finanzpolitischen Maßnahmen die Stadt Wien einen Finanzrahmen für das Jahr 2020 von Null erreichen will.

Konsumentenpolitisch macht **Aschauer-Nagl** auf die Studie unter dem Titel „Spione im Kinderzimmer und in der Hosentasche - Mit Online-Spielen spielend Daten sammeln“ aufmerksam, deren Veröffentlichung großes mediales Echo hervorrief. Über 90 Prozent der Jugendlichen spielen Computerspiele, die Studie räumt aber mit der Vorstellung auf, Online-Spiele seien nur Zeitvertreib für Kinder, da das Durchschnittsalter der Spieler bei deutlich über 30 Jahren liegt. Nicht beachtet wird bei diesem Milliardengeschäft, dass viele Geschäftsmodelle auf Überwachung und Monetarisierung der gewonnenen Daten beruhen. Nachdem Spieler mit dem Anlegen eines Spielekontos oft gezwungen werden pauschalen, intransparenten Datenverwendungsklauseln zuzustimmen fordert die AK gesetzliche Schranken statt freiwillige Zustimmung, Einschränkungen bei Datennutzungen und stärkere Kontrolle durch die Datenschutzbehörden. Abschließend macht die Bereichsleiterin auf die hervorragenden Klagserfolge der Abteilung Konsumentenschutz aufmerksam.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.5 Information - Bröthaler

Bröthaler berichtet, dass am 7. Dezember 2017 der Abschluss der Wiener BetriebsrätInnen-Akademie (BRAK) für 22 TeilnehmerInnen gefeiert wurde. Die zahlreich erschienenen Gäste aus AK, ÖGB und Gewerkschaften sowie aus den Betrieben der BRAK-TeilnehmerInnen gewannen im Rahmen eines Marktplatzes einen Eindruck, mit wieviel Engagement die TeilnehmerInnen während der BRAK eigene Projekte in ihren Betrieben durchgeführt haben. Projekte waren in diesem Jahr z.B.: Betriebsversammlungen zum Thema Arbeiterkammer und Gewerkschaft, spezielle Angebote für junge MitarbeiterInnen, mediale Aufbereitung des Themas Betriebsratswahlen, Info-Broschüren zum Betriebsrat für neue Beschäftigte etc.

→ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.6 Soziales – Kundtner

Kaske entschuldigt krankheitsbedingt **Kundtner** und ersucht die schriftlich vorliegenden Berichte zur Kenntnis zu nehmen und eventuelle Fragen dazu der stellvertretenden Direktorin in der nächsten Vorstandssitzung zu stellen.

→ **Die schriftlich vorliegenden Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.7 Wirtschaft – Kubitschek

Kubitschek referiert einleitend die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich. Das WIFO erhöhte zum vierten Mal in Folge seine Wachstumsprognose. Diese liegt nun für 2018 bei 3,0% und für 2019 bei 2,2%. 2017 betrug das reale BIP-Wachstum 3,0%. Das rasche Wirtschaftswachstum hat eine weitere leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zur Folge. Die Arbeitslosenrate sinkt trotz anhaltend starken Angebotszuwachses von 5,6% 2017 auf 5,4% 2018 und 5,3% 2019. Das Budget wird durch den kräftigen Aufschwung weiter entlastet. Die Inflationsrate entspricht in den Jahren 2017 bis 2019 etwa dem Zielwert der EZB von 2%. Die österreichische Wirtschaft verzeichnet 2017 und 2018 die höchsten Wachstumsraten seit dem Aufschwung 2010 bis 2011 aus der schweren Rezession des Jahres 2009. Mit dem Abflauen der internationalen Konjunktur wird sich 2019 das Wirtschaftswachstum in Österreich verlangsamen.

Die stellvertretende Direktorin informiert, dass nun bereits zum vierten Mal mit Beteiligung der AK Wien der Independent Annual Groth Survey (iAGS) als Alternative zum Jahreswachstumsbericht der EU-Kommission veröffentlicht wurde. Anspruch ist es, wirtschaftspolitische Prioritäten für die Eurozone zu entwickeln. Der diesjährige Bericht umfasst – neben der Zusammenfassung – drei Kapitel: makroökonomischer Ausblick, verteilungs- und beschäftigungspolitische Ausgangslage sowie die Debatte über eine Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung der Eurozone. Wesentliche Inhalte sind: Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Eurozone verbessert sich seit dem Vorjahr stetig, auch wenn die Krisenfolgen noch nicht überwunden sind. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich 2019 wieder den Stand von 2007 erreichen. Die umfangreichen Probleme bei Jobqualität und Einkommensverteilung werden hingegen dann noch immer bestehen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hängt – neben der Unterstützung durch Geld- und Budgetpolitik – vor allem von der Frage ab, ob die Einkommens- mit der Wirtschaftsentwicklung Schritt halten kann: Nur wenn die Löhne

in der Eurozone wieder angemessen zunehmen, kann es zu einem anhaltenden Aufschwung kommen, der alle Menschen erreicht.

Abschließend macht **Kubitschek** auf den Bericht über die am 6. Dezember 2017 stattgefundene Veranstaltung der AK Wien über „Digitalisierung – gerechte Steuern!“ aufmerksam. Digitalisierung und Globalisierung haben zu einem dramatischen Umbruch in der Unternehmenslandschaft geführt. Für eine wachsende Zahl an Unternehmen sind heute weder Firmengebäude noch Maschinen das wertvollste Kapitalvermögen, sondern Algorithmen, Marken oder Datensätze. Solche immateriellen Werte werden in der Wertschöpfung immer entscheidender, sind aber physisch weder greifbar noch lokalisierbar. Globalisierung und Digitalisierung begünstigen eine Mobilität, die die Gewinnbesteuerung dieser digitalen Unternehmen zur Herausforderung macht. Präsident **Kaske** forderte daher in seiner Eröffnungsrede von der Politik eine konsequente Umsetzung bereits vorgeschlagener Maßnahmen, die eine gerechte Besteuerung ermöglicht.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

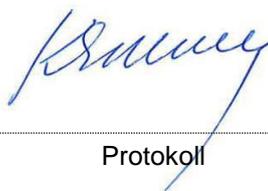
Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Kaske** - mit Hinweis auf den nächsten Vorstand der AK Wien am 20. 2. 2018 und auf die VV am 26. 4. 2018 - die Sitzung um 13:05 Uhr.



Der Präsident



Der Direktor



Protokoll